

Pflegebedarfsplan 2017 beschlossen: Heimplatzquote abgesenkt

„Ambulant vor stationär“. An diesem Grundsatz richtet der Kreis erfolgreich seine Gesundheits- und Sozialpolitik aus. Das bestätigt der vom Kreistag für 2017 fortgeschriebene Pflegebedarfsplan.

Alte und hilfebedürftige Menschen können im Kreis so lange wie möglich selbstständig in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Dabei hilft neben flächendeckend aktiven ambulanten Pflegediensten ein etabliertes „fachliches Frühwarnsystem“ mit Elementen wie Pflege- und Wohnberatung, Psychosoziale Beratung (PSB), Heimaufsicht, der Koordinierungsstelle Seniorenarbeit oder auch den örtlichen Seniorenbeauftragten.

Quote für stationäre Pflegeheimplätze sinkt

Dies in Kombination mit recht regen Bauaktivitäten im Bereich der stationären Pflege in den letzten Jahren und einer durchschnittlichen Auslastungsquote in den bestehenden Pflegeeinrichtungen von 95 Prozent bedeutet im Ergebnis, dass ein Bedarf an neuen stationären Pflegeplätzen ausdrücklich verneint wird. Mehr noch: Die Quote der für über 80-Jährige bereitzustellenden Pflegeheimplätze wird in der Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes 2017 von 16,5 auf 16 Prozent gesenkt.

Wie entspannt die Situation bei der stationären Pflege ist, veranschaulichen einige Zahlen. Kreisweit gibt es derzeit 4.134 Pflegeplätze, geplant oder im Bau sind bereits 385 Plätze. Das sind gut 20 mehr als kreisweit rechnerisch im Jahre 2020 benötigt werden. Außerdem: Mit den aktuellen Verbesserungen in der Pflegeversicherung geht der Trend ohnehin weiter zu ambulanten und teilstationären Angeboten.

Tagespflegeplätze könnten mehr werden

Grundsätzlichen Bedarf sehen die Fachleute beim Kreis daher für weitere Tagespflegeplätze im Sinne des Prinzips „ambulant vor stationär“ und zur Entlastung pflegender Angehöriger. Sie empfehlen eine ausgewogene quartiers- und sozialraumbezogene Verteilung. Eine strenge Quotierung wird nicht gesehen – da sie Anbieter eher beschränken als beflügeln könnte.

Richtig Sorgen bereitet der Sozialplanung beim Kreis das Fehlen von Einrichtungen, die ausschließlich Kurzzeitpflegeplätze anbieten. Sie sind zu Spitzenzeiten wie etwa Ferienwochen ausgebucht, machen übers Jahr gesehen angesichts durchlaufender Kosten (Gebäudeunterhaltung, Personalkosten) aber ein Minus.

Erneuter Appell an Bundesregierung

Der Kreis hatte sich deshalb bereits in der letzten Legislaturperiode über die heimischen Bundestagsabgeordneten an die Bundesregierung gewandt. Erbeten wurde eine bessere finanzielle Absicherung des Angebotes an sogenannten solitären Kurzzeitpflegeplätzen über die Pflegekassen. Konkrete Ergebnisse gibt es bisher nicht. Deshalb soll der Landrat jetzt erneut den Kontakt suchen.

Der Pflegebedarfsplan spricht auch eine deutliche Empfehlung aus: Der Bestand an Service-Wohnungen für Ältere in Service-Wohnanlagen sollte sich bis 2020 nahezu verdoppeln. PK | PKU

Freilebende Katzen: Katzenschutzverordnung

beschlossen

Sie wurde intensiv beraten und diskutiert, nun ist sie fertig – die Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Kreisgebiet Unna. Mit dem zehn Paragraphen umfassenden Regelwerk soll der Leidensdruck frei umherstreifender Katzen gesenkt werden.



Zu viele Tiere in einem bestimmten Gebiet – das führt zu hohem Infektionsdruck. Der Kreis nutzt nun die vom Gesetzgeber 2015 eröffnete Möglichkeit und steuert ab Januar 2018 mit einer Verordnung gegen. Dabei arbeitet der Kreis eng mit den

Tierschutzvereinen zusammen, die sich bislang bei der Betreuung verwilderter Katzen engagiert haben.

Freigängerkatzen werden registriert

Nicht nur das: Halter sogenannter Freigängerkatzen müssen künftig ihren „Haustiger“ durch einen Mikrochip kennzeichnen, registrieren und außerdem kastrieren lassen. Um eine unkontrollierte Fortpflanzung zu vermeiden, müssen sich Besitzer fortpflanzungsfähiger Katzen auch darum kümmern, dass die Vierbeiner keinen Auslauf bekommen.

Bei fortpflanzungsfähigen, aber noch nicht kastrierten Katern und Katzen mit Freigang, kann eine Kastration auf Kosten des Besitzers angeordnet werden. Auch freilebende Katzen sollen gekennzeichnet, registriert und kastriert werden. Die Kosten übernimmt in diesen Fällen dann die öffentliche Hand.

Nach Inkrafttreten der Verordnung zum 1. Januar 2018 gilt übrigens eine sechsmonatige Übergangsfrist. PK | PKU

Weitere wichtige Weichenstellungen für das neue Kombibad – Was wird aus dem Wellenbecken?

Seit über vier Jahren wird über den Bau eines neuen Kombibads für Bergkamen diskutiert. Bis dieses Projekt in den sprichwörtlich „trockenen Tüchern“ liegt, werden allerdings noch weitere Monate ins Land gehen. Wichtige Weichenstellungen für das weitere Vorgehen wird der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am 18. Oktober vornehmen. Für das alte Wellenbad in Weddinghofen wird es offensichtlich noch eine weitere Saison geben.



Hat das Wellenbecken in Weddinghofen doch noch eine Zukunft?

Unter anderem ist noch nicht geklärt, was aus dem Wellenbecken der bestehenden Anlage wird. Es gehört zweifelsohne zu den Attraktionen der Freizeitanlage am Häupenweg. Wie die Verwaltung erklärt, sei bisher nicht prognostiziert worden, wie sich der Wegfall bzw. ein Erhalt des Wellenbeckens künftig auf die Besucherzahlen und damit auf die Wirtschaftlichkeit des neuen Kombibads auswirken wird.

Zwar scheint festzustehen, dass es in Weddinghofen weiterhin eine Sprunganlage geben wird. Offen ist allerdings noch, wo. Eine Möglichkeit wäre es, die Sprunganlage in den Neubau zu integrieren. Das würde aber bedeuten, dass der Baukörper größer und damit auch teurer wird. Die Alternative ist, die Sprunganlage dort zu belassen, wo sie sich jetzt befindet. Dabei müsste aber das Sportbecken erheblich verkleinert und mit einer Art Stahlwanne ausgestattet werden. Das würde rund

600.000 Euro zusätzlich kosten.

Neben all diese Kosten-Nutzen-Berechnungen treten noch Vertragsverhandlungen mit den GSW und den beiden anderen Kommunen Kamen und Bönen. Deshalb sollen nun im nächsten Schritt folgende Fragen geklärt werden:

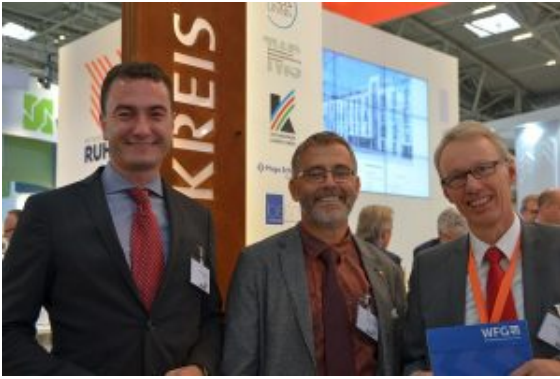
1. Wie muss eine neue Konsortialvereinbarung zwischen den Städten Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen aussehen, damit eine kommunalscharfe Abrechnung der Freizeitbetriebe erreicht wird?

2. Wie muss ein Vertrag zwischen der Stadt Bergkamen und den GSW zur (Neu-)Errichtung eines Bades aussehen? Wie kann im weiterhin guten Einvernehmen mit den GSW die Kommune die Einrichtung und den Betrieb des Bades mit steuern?

3. Welche Kriterien sind für eine Ausschreibung zwingend, wenn unter dem Dach der GSW ein professionelles Badmanagement (zunächst für Bergkamen) installiert wird?

WFG wirbt bei der Expo Real in München für den Wirtschaftsstandort Bergkamen

Bergkamens Wirtschaftsförderer Walter Kärger, Kreisdirektor Dr. Thomas Wilk und Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Kreis Unna (WFG), werben derzeit bei der Expo Real, Europas größter Fachmesse für Gewerbeimmobilien und Investitionen in München, für den Wirtschaftsstandort Bergkamen.



Werben für den
Wirtschaftsstandort
Bergkamen: v.l.n.r. Dr.
Thomas Wilk, Walter Kärger,
Dr. Michael Dannebom
Foto: WFG, Ute Heinze

„Die Expo Real erweist sich auch in diesem Jahr einmal mehr als Treffpunkt für die internationale Immobilienwirtschaft. Wir haben zahlreiche Gespräche zur Vermarktung der Gewerbeflächen im Kreis Unna geführt und viele neue Kontakte geknüpft und bereits bestehende gepflegt“, zieht Dr. Michael Dannebom nach zwei Messetagen Bilanz. Bergkamens Wirtschaftsförderer Walter Kärger und der WFG-Chef nutzten die Messe auch, um mögliche Projektentwickler für Bestandsflächen in Rünthe zu gewinnen. „Wir haben zudem das Gespräch mit potenziellen Investoren für eine weitere Gewerbegebietsentwicklung geführt“, erklärt Walter Kärger.

Im Fokus der Vermarktung durch die WFG stehen in diesem Jahr unter anderem die neu entstehenden Gewerbeflächen im Wandhofener Bruch in Schwerte, Flächen im ECO PORT Holzwickede und im INLOGPARC Bönen sowie verschiedene weitere freie Gewerbe- und Bestandsflächen im Kreisgebiet.

Neben der WFG sind zudem verschiedene Mitaussteller aus der Region am Stand des Kreises Unna vertreten, um bei der Messe über ihre Angebote und Projekte zu informieren: Aus Bergkamen präsentieren sich die Bayer AG und die die beta Eigenheim- und Grundstücksverwertungsgesellschaft mbH. Der Bauverein zu Lünen, die DoReal Immobilien Consulting e.K. aus Dortmund und die Hugo Schneider GmbH aus Hamm mit Standort in Unna

gehören in diesem Jahr ebenso zu den Partnern, wie die TechnoPark und Wirtschaftsförderung Schwerte (TWS) und die TECHNOPARK Kamen GmbH. Auch die Unternehmensgruppe Markus Gerold aus Unna, die Sparkasse UnnaKamen und die Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft (UKBS) sowie Prologis, Inc. beteiligen sich als Mitaussteller in München.

Die WFG und die Partnerunternehmen sind während der Expo Real am Gemeinschaftsstand der Metropole Ruhr (Halle B1, Stand 330) zu finden.

Zum Hintergrund: Die internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen EXPO REAL findet jedes Jahr im Oktober in München statt. Im vergangenen Jahr nutzten laut Veranstalterangaben rund 1.768 Aussteller aus 29 Ländern die Messe, um über ihre Angebote aus dem Bereich Immobilien und Investitionen zu informieren. Mit mehr als 39.000 Teilnehmern aus 77 Ländern verzeichnete die Messe im vergangenen Jahr zudem ein Besucherplus.

Wirtschaftsförderung für den Kreis Unna mbH Die zentrale Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) besteht seit mehr als 50 Jahren in der Entwicklung und Bereitstellung von Gewerbeflächen in den zehn Städten und Gemeinden des Kreises Unna. Dabei deckt die WFG den kompletten Entwicklungsprozess von der Planung über den Grunderwerb bis hin zur Erschließung und Vermarktung der Grundstücke ab. Die WFG versteht sich darüber hinaus als moderner Dienstleister. Ob Hilfestellung bei der Erweiterung oder Verlagerung eines Betriebs über die Mediation von behördlichen Genehmigungsprozessen bis hin zu Gründungs-, Innovations- und Fördermittelberatung: Die Mitarbeiter stehen den Unternehmen bei sämtlichen Fragen beratend zur Seite. Eine weitere Aufgabe der WFG besteht darin, Fachkräfte für die Region zu gewinnen bzw. im Kreis Unna zu halten und sich gezielt für deren Weiterbildung einzusetzen.

Kaczmarek setzt sich für die Sanierung des Westenhellwegs in Bergkamen ein

Immer wieder erhält der SPD-Bundestagsabgeordnete und Unterbezirksvorsitzende Oliver Kaczmarek Bürgerbriefe und Hinweise zum teilweise schlechten Zustand der L736/Westenhellweg in Bergkamen. Weshalb er sich unlängst an die zuständige Landesbehörde Straßen.NRW gewandt und sich für die Sanierung der Straße eingesetzt hat.

Inzwischen liegt dem Politiker ein Antwortschreiben vor, in dem der Landesbetrieb nicht nur darauf hinweist, dass ihm der schlechte Zustand der Straße bekannt ist. „Noch in diesem Monat wird eine Überprüfung der zur Sanierung anstehenden Landesstraßen – darunter auch der Westenhellweg – durchgeführt“, erklärt Kaczmarek. Im Anschluss an diese Überprüfung werde eine Priorisierung der möglichen Sanierungsmaßnahmen erfolgen. „Auf dieser Grundlage wird entschieden, welche Sanierungsmaßnahmen für 2018 beschlossen werden“, so Kaczmarek. Aus diesem Grund sei es Straßen.NRW daher momentan auch nicht möglich, einen festen Termin für die Sanierung der L736 in Bergkamen zu benennen.

Gleichzeitig macht der Landesbetrieb aber auch deutlich, dass die Verkehrssicherheit durch die Beseitigung von Deckenschäden auf der Straße gewährleistet sei. „Ich werde mich Ende Oktober noch einmal an die Behörde wenden, um erneut die Dringlichkeit der Sanierung der L 736 deutlich zu machen, und um in Erfahrung zu bringen, was die Überprüfung der Landestraßen ergeben hat“, kündigt Kaczmarek an.

Landrat und Wirtschaftsförderer sprechen mit Ministerin und Staatssekretär: Kreis guter Standort für Neuansiedlungen

Starker Standort, starker Auftritt, prominente Gäste – auf diesen Namen lässt sich aus Sicht des Kreises Tag 1 bei der EXPOREAL in München bringen. Das Interesse zeigt: Die Region gewinnt auch wirtschaftlich immer mehr an Strahlkraft.



WFG-Geschäftsführer Dannebom (l.) und Landrat Makiolla mit NRW-Ministerin Scharrenbach am Kreisstand auf der EXPOREAL. Foto: Ute Heinze – WFG

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises (WFG) präsentiert sich bei der weltweit größten Immobilienmesse am Stand der Metropole Ruhr gemeinsam mit den anderen Kreisen und Großstädten des Ruhrgebiets. Zu den ersten Besuchern gehörte Christoph Dammermann, Staatssekretär im NRW-Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Landrat und WFG-Aufsichtsratsvorsitzender Michael Makiolla und

WFG-Geschäftsführer Dr. Michael Dannebom wiesen im Gespräch mit Dammermann nochmals auf die Bedeutung des geplanten Kooperationsstandortes für ein interkommunales Gewerbegebiet in Werne hin.

Das Vorhaben ist auf Grund der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes am vorgesehenen Standort an der A 1 nur schwer zu realisieren. Staatssekretär Dammermann sagte zu, das Thema mit den Verantwortlichen im Kreisgebiet bei einem Gespräch zu diskutieren.

Ebenfalls den Austausch mit Landrat Makiolla und Wirtschaftsförderer Dannebom suchte Ina Scharrenbach. Die NRW-Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung wohnt wie Dammermann im Kreis Unna. Sie kennt also ebenfalls die Region und weiß um die Bemühungen, den Standort weiter zu entwickeln.

„Die EXPOREAL als weltweit größte Immobilienmesse gibt uns und den mit uns angereisten heimischen Unternehmen Gelegenheit, auf internationalem Parkett für den Standort zu werben und unsere vielschichtige Wirtschaftslandschaft zu präsentieren“, betont Landrat Makiolla. „Außerdem können wir uns hier angesichts unserer interessanten und noch verfügbaren Gewerbeflächen auch für Neuansiedler empfehlen“, ergänzt Wirtschaftsförderer Dr. Michael Dannebom. PK | PKU

Bildzeile 1: Kreisdirektor Dr. Thomas Wilk, Staatssekretär Christoph Dammermann, Landrat Makiolla und WFG-Geschäftsführer Dannebom (v.l.) auf der EXPORAL in München. Foto: Ute Heinze – WFG

Bildzeile 2: WFG-Geschäftsführer Dannebom (l.) und Landrat Makiolla mit NRW-Ministerin Scharrenbach am Kreisstand auf der EXPORAL. Foto: Ute Heinze – WFG

NRW-Integrationsminister Stamp wird deutlich: Wenn „Go In“ klappt, gibt es kein Veto

„Wenn Go In hier klappt, wird es von der Landesregierung kein Veto geben.“ Klare Worte fand Dr. Joachim Stamp am Rande des Fachtags „Flucht- Integration – Ehrenamt“ für das im Kreis Unna und auch in Bergkamen praktizierte Verfahren zur schnellen schulischen Integration zugewanderter junger Menschen. Und sein Wort hat Gewicht.



Integrationsminister Dr. Joachim Stamp (M.) Landrat Makiolla und Kamens Erste Beigeordnete Kappen standen vor dem Fachtag Rede und Antwort. Foto: Constanze Rauert

Stamp ist nicht nur stellvertretender Ministerpräsident des Landes, sondern auch Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Er weiß um die vom Kommunalen Integrationszentrum Kreis Unna (KI) geleistete Arbeit und sieht sich nicht in einer „Bremser“-Rolle. Denn: „Das Land stützt die Integrationszentren seit Jahren finanziell und personell mit aus, fördert die Arbeit also aktiv mit.“ Um noch mehr Kontinuität zu erreichen, setzt Stamp auf eine

Kurskorrektur: weg von der Projektförderung, hin zur institutionellen Arbeit. Landrat Michael Makiolla hört dies mehr als gerne. „Projektförderung bedeutet Unsicherheit, fehlende Planbarkeit und immer wieder neuen bürokratischen Aufwand.“

Einig waren sich Minister und Landrat auch, dass Integration nicht allein durch hauptamtliches Know-how in Verwaltungen gelingt. „Wir brauchen die Ehrenamtlichen, denn sie zeigen im direkten Miteinander, wie unser Alltag funktioniert, welche Regeln hier gelten, welche Werte wir haben und leben dies auch praktisch vor.“

Deshalb nutzten Minister Stamp und Landrat Makiolla den Fachtag in der Kamener Stadthalle auch, um noch einmal „Danke schön für die großartige Hilfsbereitschaft in den letzten Monaten“ zu sagen. Und der Dank gilt vielen: Waren es zu Spitzenzeiten rund 3.000 ehrenamtliche Flüchtlingshelfer, so sind es derzeit nach Angaben von Anne Nikbin vom KI rund 1.500. „Das ist eine beeindruckende Zahl“, macht Minister Stamp der Flüchtlingshilfe im Kreis ein Kompliment. PK | PKU

Gute Nachricht für Oberaden: Die S20 bleibt und die R12 fährt künftig im Halbstunden- Takt

Die S20 wird weiterhin durch Oberaden fahren und künftig wird die R12 montags bis freitags im Halbstunden-Takt unterwegs sein. Das sind die beiden wesentlichen Verbesserungen, die die VKU für diesen Stadtteil plant und die jetzt vom Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr

abgesegnet wurden. Das Verkehrsunternehmen erhofft sich, dass durch diese Maßnahmen ein noch größeres Kundenpotential erschlossen wird.



Zwischen den Linien R12 und R11 (Lünen-Preußen über „Am Römerberg“ und Jahnstraße nach Weddinghofen und weiter bis zum ZOB und zurück) besteht außerdem eine Anschlussgarantie an der Haltestelle Kreuzstraße, so dass z.B. eine Weiterfahrt vom R11 nach Umstieg auf den R12 bis Lünen und umgekehrt möglich ist. An der Kreuzstraße besteht ebenfalls die Möglichkeit zur Weiterfahrt nach Preußen Bahnhof in Lünen.

Zukunftsmusik ist hingegen noch eine neue Buslinie, die durch Oberaden direkt bis zum Kamener Bahnhof führt. Sie steuert auch drei Haltestellen in der künftigen Wasserstadt Aden an. Die erste Fahrt ist geplant, wenn sich eine ausreichende Zahl von Familien in der Wasserstadt niedergelassen haben. Die Stadtverwaltung rechnet damit ab dem Jahr 2023

Diese Linie hat nach Auffassung der Verwaltung den Vorteil, dass der zentrale Versorgungsbereich Oberaden an der Jahnstraße direkt angebunden wird. Hier besteht die Möglichkeit in den S20 nach Lünen umzusteigen. Die Linienführung bindet zudem den Pendlerparkplatz an der Lünener Straße an und bietet damit zusätzliche Möglichkeiten dort Fahrgemeinschaften zu nutzen. Besonderes Qualitätsmerkmal ist darüber hinaus die Anbindung des Logistikparks A2, der bisher lediglich über eine Kamener Stadtbuslinie mit einer Haltestelle an der Töddinghauser Straße angefahren wird. Da die neue Linie auf direktem Wege den Bahnhof Kamen erreicht, ist sie durchaus mit der Qualität eines Schnellbusses vergleichbar.

Spannende Zeiten in Berlin: Gesamtschüler auf Einladung von Oliver Kaczmarek zu Gast im Deutschen Bundestag

Auf Einladung des heimischen Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek besuchten die 10er Klassen der Gesamtschule Bergkamen im Rahmen ihrer Abschlussfahrt den Deutschen Bundestag.



10er der Gesamtschule Willy-Brandt-Gesamtschule Bergkamen im Berliner Bundestag.

Natürlich stand alles im Eindruck der vorangegangenen Bundestagswahl und für die Schülerinnen und Schüler war es

eine gute Gelegenheit, ihre Fragen zur aktuellen Lage vor Ort im Deutschen Parlament zu stellen. Direkt nach der Wahl jagt aber auch eine Sitzung die nächste, so dass Oliver Kaczmarek selbst es nicht geschafft hat, die Gruppe zu treffen. Doch die Schülerinnen und Schüler fühlten sich bei seinem Mitarbeiter, Christopher Paesen, gut aufgehoben und diskutierten mit ihm die Themen, die ihnen unter den Nägeln brannten.

Für die Gruppe standen dabei Fragen zur sozialen Gerechtigkeit, der Steuerpolitik und den Unterschieden zwischen SPD und CDU auf der Liste, ebenso wie ganz praktische nach dem Gehalt und Arbeitsalltag eines Abgeordneten und dessen Mitarbeiter. Besonders intensiv wurde über den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag diskutiert. Die Gruppe sah vor allem die rechteextremen Äußerungen der AfD sehr kritisch und machte deutlich, dass sie für sie keine wirkliche Alternative darstelle.

Es geht also doch: Neubau der Lippebrücke in Rünthe mit nur zwei Vollsperrungen für einen Tag und ein Wochenende

Warum nicht gleich so! Während des Neubaus der Lippebrücke in Rünthe, der in der zweiten Hälfte 2018 gestartet wird, kommt es aller Voraussicht nach lediglich zu zwei minimalen Vollsperrungen der B 233 von einem Tag und an einem Wochenende. Das versprochen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niederlassung Coesfeld von Straßen.NRW, als

sie am Dienstag ihre aktualisierten Pläne für die Baumaßnahme dem Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr vorstellten.



So stellen sich zeichnerisch die Planer von Straßen.NRW den Neubau der Lippebrücke in Rünthe vor.

Dies Lösung des Problems „Wie kann die Brücke erneuert werden, ohne dass es zu massiven Verkehrsbehinderungen kommt“, ist recht einfach. Zunächst soll neben der alten Brücke der neue Brückenkörper errichtet werden. Während des Abbruchs der alten Brücke, wird der Verkehr über ihn geleitet. Nach der Fertigstellung der neuen Widerlager wird dann dieser Brückenkörper auf die Position der alten Brücke geschoben.

Dies soll mit den notwendigen Anschlussarbeiten während eines Wochenendes erledigt sein. Die zweite eintägige Vollsperrung gibt es vorher, wenn der Verkehr erstmals auf die „Ersatzbrücke“ geleitet wird. Bis auf diese beiden Ausnahmen werden über sie auch die Feuerwehrfahrzeuge und Rettungskräfte fahren können, wenn sie in Rünthe gebraucht werden. Ob auch die Gelenkbusse der VKU auf ihrem Weg von und nach Werne diesen Weg nutzen können, steht noch nicht fest.

Das Problem ist hier nicht die „Ersatzbrücke“, die genügend Tragkraft für Busse haben wird, sondern die engen Kurven der Zufahrt auf der Rünther Seite. Sie sind auch der Grund dafür, dass Lkw über 7,5 Tonnen während der gesamten Bauphase sie nicht passieren dürfen und einen weiten Umweg nehmen müssen. Nach wie vor sollen Fußgänger und Radfahrer die Lippe über die benachbarte Zechenbahntrasse überqueren. Pkw können ungehindert fahren. Es gilt aber für sie ein Tempolimit von 30 km/h.

Straßen.NRW macht die Lippebrücke durch den Neubau nicht nur wieder standfest. Geplant ist auch die Linksabbiegerspur aus Richtung Werne erheblich zu verlängern. Künftig beginnt sie bereits in Höhe des Lippeufers auf Werner Seite. Dort wird es dann auch eine Querungshilfe für Radfahrer geben, die über die Zechenbahnbrücke zur Nachbarstadt fahren wollen.

Stadt erhält Förderzusage für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes

Im vergangenen Jahr hat die Stadt Bergkamen an der Fördermaßnahme „Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz“ des Bundesumweltministeriums teilgenommen. Ein Ergebnis dieser Beratung war die Entscheidung, für die Stadt ein Klimaschutzkonzept zu erstellen. Dieses Klimaschutzkonzept soll der zukünftige Handlungsrahmen für in Bergkamen realisierbare Klimaschutzmaßnahmen sein. Dazu wurde im März dieses Jahres vom Dezernat für Bauen und Stadtentwicklung ein Antrag auf Förderung der für die Erstellung des Konzeptes anfallenden Kosten beim Bundesumweltministerium gestellt

Das Bundesumweltministerium hat jetzt zur Freude des Ersten Beigeordneten und Umweltdezernenten Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters der Stadt die Zusage für die beantragte finanzielle Förderung erteilt.

Die bewilligte Fördersumme beläuft sich auf 55.000 Euro und entspricht damit einer 90 %igen Förderung und ist zweckgebunden einzusetzen für alle förderfähigen Kosten zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes. Dazu gehören neben den Kosten für ein mit der Erstellung zu beauftragendes Ingenieurbüro auch die anfallenden Kosten für z.B. Arbeitsmaterialien, Publikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Mit Erhalt des Bewilligungsbescheides wird das Dezernat für Bauen und Stadtentwicklung nun gemäß den Vergaberichtlinien ein Ingenieurbüro mit der Konzepterstellung beauftragen. Der Projektzeitraum wird sich bis in den Herbst des nächsten Jahres erstrecken und die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes wird unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der politischen Gremien erfolgen. Die ersten Schritte werden nun die Auftragsvergabe, die Aufstellung eines Zeitplanes für den Projektzeitraum und die Erstellung einer Treibhausgasbilanz für Bergkamen sein. Anschließend werden sich dann die entsprechend des zu erstellenden Zeitplans vorgesehenen öffentlichen thematischen Werkstattgespräche, zu denen die Stadt neben Vertretern unterschiedlichster Institutionen auch die interessierten Bürgerinnen und Bürger einladen wird.